

Ergebnisprotokoll

der **26.** Sitzung des Haupt- und Planungsausschusses (Videokonferenz)

(IX. Wahlperiode)

am 11. Dezember 2020

Tagungsort: Videokonferenz

Beginn: 10:10 Uhr

Ende: 11:50 Uhr

Teilnehmende: Herr Herbert, Vorsitzender des HPA

Herr Arnold
Herr Böttcher i.V.
Herr Buschmann
Herr Fey
Herr Gerhards
Herr Göllner
Herr Horn
Frau Jansen
Herr Kasseckert

Herr Kaus
Herr Kötter
Herr Kraft i.V.
Frau Krings
Herr Kummer
Herr Lorenz
Frau Möricke
Herr Dr. Naas
Herr Rahn

Frau Rinn
Herr Röttger i.V.
Herr Salz
Herr Dr. Schuster
Herr Urhahn i.V.
Frau Weyrauch

Fraktionsvorsitzende:

Herr Schindler
Herr Rock

Herr Wissenbach

Mitglieder des Präsidiums:

Herr Kündiger

Herr Baron

Fraktionsgeschäftsführer:

Herr Gerfelder

Herr Vogt

Obere Landesplanungsbehörde:

Frau Lindscheid
Frau Güss
Herr Bleher

Herr Dr. Beck
Herr Hennig
Herr Langsdorf

Gäste:

Herr Paprzycki (Firma Segmüller)

Schriftführerin:

Frau Scheuermann

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der 25. Sitzung des Haupt- und Planungsausschusses
2. Vierte Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 - Neufassung von Planziffern Durchführung der 2. Beteiligung - **Drs. Nr. IX / 119.4**
3. Antrag der Stadt Bad Vilbel auf Abweichung von den Zielen des Regionalplans Südhessen/ Regionalen Flächennutzungsplans 2010 im Sinne des § 6 Raumordnungsgesetz (ROG) und § 8 Hessisches Landesplanungsgesetz (HLPG) im Bereich „Quellenpark“ (Im Schleid) **Drs. Nr. IX / 123.1**
4. Antrag der Stadt Viernheim auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen/ Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 8 Abs. 2 HLPG zur Darstellung/ Festsetzung eines sonstigen Sondergebietes (Lammschlachtereierzeugung / Zerlegebetrieb, Agrarunternehmung) - **Drs. Nr. IX / 126.1**
5. Antrag der Stadt Hattersheim am Main auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 6 Abs. 2 ROG, § 8 Abs. 2 HLPG im Bereich des Bebauungsplans Nr. N 114 „Kastengrund“ **Drs. Nr. IX / 128.1**
6. Antrag der Stadt Hanau auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 6 Abs. 2 ROG, § 8 Abs. 2 HLPG im Bereich „Quartiersentwicklung Bautz“ - **Drs. Nrn. IX / 134.0 und IX / 134.1**
7. Planfeststellungsverfahren zur Zulassung eines Rahmenbetriebsplans für die geplante Südwest-Erweiterung des Quarzsandtagebaus „Schaafheim“ der Firma Gerhard Höfling GmbH in der Gemarkung Schaafheim - **Drs. Nrn. IX / 133.0 und IX / 133.1**
8. Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Gemeinde Großkrotzenburg, Gebiet: „Gewerbegebiet an der Limesbrücke/Staudinger“ - **Drs. Nr. IX / 135.0**
9. Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Niddatal, Stadtteil Assenheim, Gebiet: „Am Gollacker“ - **Drs. Nr. IX / 137.0**
10. 2. Änderung des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010 für die Stadt Bad Vilbel, Stadtteil Bad Vilbel, Gebiet: "Im Schleid -West (Segmüller)" hier: Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses Nr. III-93 der Verbandskammer vom 06.03.2013 - Drs. Nr. IX / 138.0
11. Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Gemeinde Liederbach, Ortsteil Oberliederbach, Gebiet: „Nahversorgung Quartier Mixte“ - Drs. Nr. IX / 140.0
12. Mitteilungen und Anfragen

zu TOP 1: Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der 25. Sitzung des Haupt- und Planungsausschusses

Der Vorsitzende des Haupt- und Planungsausschusses, **Herr Herbert**, begrüßte die Ausschussmitglieder, Frau Regierungspräsidentin Lindscheid sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der oberen Landesplanungsbehörde zur HPA-Sitzung per Videokonferenz. Er stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgt ist. Das Protokoll der 25. HPA-Sitzung wurde genehmigt. Gegen die vorliegende Tagesordnungen gab es keine Einwendungen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erläuterte **Herr Herbert**, dass in der heutigen Sitzung keine Beschlüsse gefasst werden. Dies erfolge am 18. Dezember in der Präsenzsitzung. Heute gehe es um die Beratung der Tagesordnungspunkte und die Abgabe von Voten für die Präsenzsitzung.

Zu TOP 2: Vierte Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 - Neufassung von Planziffern Durchführung der 2. Beteiligung - **Drs. Nr. IX / 119.4**

Die **Herren Röttger (CDU)**, **Gerfelder (SPD)** und **Dr. Naas (FDP)** begrüßten die Vorlage und signalisierten, ebenso wie **Herr Böttcher (DIE GRÜNEN)**, Zustimmung zur **Drs. Nr. IX / 119.4**.

Herr Wissenbach (AfD) informierte, dass seine Fraktion die **Drs. Nr. IX / 119.4** ablehnen werde.

Zu TOP 3: Antrag der Stadt Bad Vilbel auf Abweichung von den Zielen des Regionalplans Südhessen/ Regionalen Flächennutzungsplans 2010 im Sinne des § 6 Raumordnungsgesetz (ROG) und § 8 Hessisches Landesplanungsgesetz (HLPG) im Bereich „Quellenpark“ (Im Schleid) - **Drs. Nr. IX / 123.1**

Herr Salz (DIE GRÜNEN) teilte für seine Fraktion mit, dass diese der Vorlage nicht zustimmen werde. Er begründete dies u.a. mit bestehenden Zweifeln an der in der Vorlage aufgeführten Aussagen zu den Themen „Flächenproduktivität“, „zentrenrelevante Sortimente“ sowie „Teilintegration“.

Herr Langsdorf erläuterte, dass die Angaben zum Thema „Flächenproduktivität“ in der „Auswirkungsanalyse“ nachvollziehbar dargelegt worden seien. Zum Thema „zentrenrelevante Sortimente“ führte er aus, dass man sich an der Sortimentsliste des Regionalplans orientiert habe. Der Regionalplan eröffne außerdem die Möglichkeit, dass die Kommunen aufgrund der Gegebenheiten vor Ort diese Sortimentsliste abändern können. Bad Vilbel habe beim Thema Lampen und Leuchten von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und diese aus der Auflistung „zentrenrelevante Sortimente“ gestrichen. Ferner führte er zum Thema „Integrationsgebot“ aus, dass Entwicklungen, die bereits planerisch verfestigt seien, üblicherweise mit in die Betrachtungen einbezogen würden. Im vorliegenden Fall rücke die Wohnnutzung erheblich an den Standort heran und es könne deshalb von einer Teilintegration gesprochen werden

Von **CDU-** und **SPD-Fraktion** wurde Zustimmung, von der **FDP-Fraktion** mehrheitliche Zustimmung, zur **Drs. Nr. IX / 123.1** signalisiert.

Die Fraktion **DIE GRÜNEN** sowie die **AfD-Fraktion** werden die **Drs. Nr. IX / 123.1** ablehnen.

Zu TOP 4: Antrag der Stadt Viernheim auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen/ Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 8 Abs. 2 HLPG zur Darstellung/ Festsetzung eines sonstigen Sondergebietes (Lammschlachtereier / Zerlegebetrieb, Agrarunternehmung) - **Drs. Nr. IX / 126.1**

Herr Böttcher (DIE GRÜNEN) kündigte folgenden Änderungsantrag an:

„Die Fraktion der GRÜNEN in der RVS beantragt, die Erweiterung der Verkaufsfläche von 70 auf 300 m² aus der Zulassung der Abweichungsentscheidung herauszunehmen (Maßgabe III.5).“

Herr Göllner (SPD) teilte mit, dass der Änderungsantrag in seiner Fraktion keine Zustimmung finden werde und die SPD-Fraktion der Vorlage der oberen Landesplanungsbehörde zustimmen werde. Auch die **Herren Röttger (CDU), Dr. Naas (FDP) und Herr Wissenbach (AfD)** kündigten Zustimmung zur RP-Vorlage an.

Herr Böttcher kündigte für die Fraktion DIE GRÜNEN Ablehnung der Vorlage an.

Zu TOP 5 Antrag der Stadt Hattersheim am Main auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 6 Abs. 2 ROG, § 8 Abs. 2 HLPG im Bereich des Bebauungsplans Nr. N 114 „Kastengrund“ - **Drs. Nr. IX / 128.1**

Herr Urhahn (DIE GRÜNEN) erläuterte ausführlich sowohl die Gesamtproblematik als auch seinen Standpunkt zum Thema „Rechenzentren“. Er regte an –vielleicht im Arbeitskreis Grundsatzfragen– eine Grundsatzdiskussion zu diesem Thema zu führen. Er kündigte für die nächste Sitzungsrunde einen Antrag seiner Fraktion zu diesem Themenkomplex an.

Es wurde mehrheitlich die Auffassung vertreten, dass es sich bei der betroffenen Fläche u.a. aufgrund der verkehrlichen Anbindung sowie der vorhandenen Infrastruktur um eine für das geplante Vorhaben sehr gut geeignete Fläche und es sich hierbei um keine landwirtschaftlich genutzte Fläche handele.

Herr Bleher informierte, dass der Arbeitsauftrag aus den RVS Beschlüssen vom Dezember 2019 zur regionalplanerischen Betrachtung von Rechenzentren in Arbeit sei. Grundlage für diese Betrachtung sei eine Veröffentlichung des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnologie (BSI), in der erstmals Standortkriterien für Rechenzentren vorgeschlagen werden. Die Kriterien beschreiben Sicherheitsabstände zu Einrichtungen wie z.B. Industrieanlagen oder An- und Abflugkorridore von Flughäfen. Ziel der voraussichtlich im Frühjahr 2021 fertiggestellten Arbeit sei die Analyse der räumlichen Auswirkung der BSI Kriterien bezogen auf Südhessen und die Verschneidung mit Potenzialflächen für die Ansiedlung von Rechenzentren.

Herr Herbert hielt abschließend fest, dass die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD Zustimmung zur **Drs. Nr. IX / 128.1** signalisieren.

Von der Fraktion **DIE GRÜNEN** wurde mehrheitliche Zustimmung angekündigt.

Zu TOP 6: Antrag der Stadt Hanau auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 6 Abs. 2 ROG, § 8 Abs. 2 HLPG im Bereich „Quartiersentwicklung Bautz“ - **Drs. Nrn. IX / 134.0 und IX / 134.1**

Der **Drs. Nr. IX / 134.1** werden alle Fraktionen zustimmen.

Zu TOP 7: Planfeststellungsverfahren zur Zulassung eines Rahmenbetriebsplans für die geplante Südwest-Erweiterung des Quarzsandtagebaus „Schaafheim“ der Firma Gerhard Höfling GmbH in der Gemarkung Schaafheim - **Drs. Nrn. IX / 133.0 und IX / 133.1**

Herr Göllner (SPD) berichtete aus der Sitzung des NLF. Man sei dort nach intensiver Diskussion einvernehmlich zu dem Ergebnis gekommen, dass der Stellungnahme in der vorliegenden Form nicht zugestimmt werden könne. Herr Hennig sei beauftragt worden, die Stellungnahme dahingehend zu ändern, dass auch die Argumente der Gemeinde Schaafheim Eingang in die Stellungnahme finden. Des Weiteren wurde die obere Landesplanungsbehörde gebeten, sich bei der Bergaufsicht nach der Möglichkeit einer Fristverlängerung zu erkundigen, so dass die Vorlage gegebenenfalls erst im Februar/März 2021 in der RVS und ihren Gremien abschließend beraten und beschlossen werden könnte.

Frau Güss informierte, dass von Seiten der Bergaufsicht keine Fristverlängerung gewährt werden könne und die RVS in dieser Runde über die Vorlage entscheiden müsse.

Zum weiteren Vorgehen schlug **Herr Hennig** vor, dass er das Ergebnis der gestrigen Beratungen im NLF schriftlich fixieren und den NFL-Mitgliedern am Mittwoch (16.12.2020) per Email vorlegen werde. Da es sich hier aber um keine Vorlage der oberen Landesplanungsbehörde handele, könne dieses Papier nur als Grundlage für einen Änderungsantrag zu **Drs. Nr. IX / 133.1** dienen, den sich eine Fraktion - gegebenenfalls mit Änderungen und/oder Ergänzungen - zu eigen machen könne. Die weitere Beratung erfolge im zusätzlich anberaumten NLF am 17.12.2020. Die abschließende Beschlussfassung erfolge dann in der HPA- bzw. RVS-Sitzung am 18.12.2020.

Herr Röttger (CDU) stimmte dem vorgeschlagenen Verfahren zu und zeigte sich zuversichtlich, dass man am 18.12.2020 zu einem Ergebnis komme.

Zu TOP 8: Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Gemeinde Großkrotzenburg, Gebiet: „Gewerbegebiet an der Limesbrücke/Staudinger“ - **Drs. Nr. IX / 135.0**

Der **Drs. Nr. IX / 135.0** werden alle Fraktionen zustimmen.

Zu TOP 9: Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Niddatal, Stadtteil Assenheim, Gebiet: „Am Gollacker“ - **Drs. Nr. IX / 137.0**

Herr Salz (DIE GRÜNEN) informierte über ein Schreiben des Bürgermeisters der Stadt Niddatal an die Mitglieder der RVS (Anlage 1) und bat aufgrund dessen um Verschiebung der Beschlussfassung in die nächste Sitzungsrunde.

Herr Kötter (SPD) erläuterte, dass seine Fraktion keinen Grund zur Verschiebung sehe. Für die Vorlage der oberen Landesplanungsbehörde kündigte er die Zustimmung seiner Fraktion an.

Die **Herren Röttger (CDU)** und **Dr. Naas (FDP)** kündigten ebenfalls die Zustimmung ihrer Fraktion an.

Herr Salz (DIE GRÜNEN) und **Herr Wissenbach (AfD)** kündigten für ihre Fraktionen eine Ablehnung der Vorlage an.

Zu TOP 10: 2. Änderung des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010 für die Stadt Bad Vilbel, Stadtteil Bad Vilbel, Gebiet: "Im Schleid -West (Segmüller)"
hier: Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses Nr. III-93 der Verbandskammer vom 06.03.2013 - **Drs. Nr. IX / 138.0**

Die Fraktionen von CDU, SPD, DIE GRÜNEN und FDP signalisierten Zustimmung und die AfD-Fraktion Ablehnung zur **Drs. Nr. IX / 138.0**.

Zu TOP 11: Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Gemeinde Liederbach, Ortsteil Oberliederbach, Gebiet: „Nahversorgung Quartier Mixte“ - **Drs. Nr. IX / 140.0**

Die Fraktionen von CDU, SPD, DIE GRÜNEN, FDP und AfD signalisierten Zustimmung zur **Drs. Nr. IX / 140.0**.

Zu TOP 12: Mitteilungen und Anfragen

Frau Lindscheid informierte, dass es von Seiten des Regierungspräsidiums keine Mitteilungen gebe.

Herr Urhahn (DIE GRÜNEN) verwies darauf, dass der Arbeitskreis Grundsatzfragen zum letzten Mal Anfang September 2020 getagt habe und bat um Information, wann mit der nächsten Sitzung gerechnet werden könne. Seiner Meinung nach gebe es durchaus noch Themen wie zum Beispiel das „Klimagutachten“, die eine baldige Sitzungsterminierung rechtfertigen würden.

Herr Gelfelder (SPD) erklärte, dass Herr Röttger und er als Vorsitzende des AKG die Meinung vertreten, dass unter den derzeitigen Bedingungen (Corona-Pandemie) auf Präsenz-Sitzungen der Gremien, in denen keine Beschlüsse zu fassen seien, verzichtet werden sollte.

Herr Röttger (CDU) ergänzte, dass auch eine Durchführung der AKG-Sitzungen als Videokonferenz aufgrund der üblichen Referenten-Vorträge für nicht sehr sinnvoll erachtet werde.

Frau Güss berichtete abschließend, dass Frau Dr. Scheck (HMWEVW) zum Thema „hessenweite Klimaanalyse“ mitgeteilt habe, dass dem Ministerium die GIS-Datensätze des Gutachters und die dazugehörige Beschreibung der Methodik inzwischen vorlägen. Nach Prüfung habe das Ministerium vom Gutachter noch eine besser nachvollziehbarere Dokumentation der umfangreichen Datensätze und verständlichere Legenden gefordert. Wenn die Nachforderungen umgesetzt seien, erfolge eine weitere Prüfung durch das Ministerium. Erst nach Abschluss dieser Schritte würden die Datensätze an die Regierungspräsidien weitergegeben. Das Ministerium habe angekündigt, die 3 Regierungspräsidien auch bei der weiteren Umsetzungsarbeit für die Regionalpläne zu unterstützen.

Herr Herbert schloss um 11:50 Uhr die Sitzung.



Gerhard Herbert
Vorsitzender des HPA

Gez.: Conny Scheuermann

Schriftführerin

Anlage 1 - Schreiben des Bürgermeisters der Stadt Niddatal zu TOP 9

*An die Mitglieder der Regionalversammlung
z.Hd. Herr Gerhard Salz*

Erweiterung Fläche Baugebiet Gollacker.

Das Wahlergebnis am 15.03.2020 hat klar gezeigt, dass die Mehrheit der Assenheimer Bürger dieses gesamte Baugebiet ablehnt.

Ich kann als Sprecher des Magistrats nicht verstehen, warum es hier mit allen Mitteln fortgeführt werden soll, da die HLG es jetzt

ohne die Bodenbevorratungsvereinbarung mit der Stadt Niddatal zu ziehen, komplett angekauft hat.

Die Infrastruktur in Assenheim gibt ein solch großes Baugebiet nicht mehr her.

Das größte Problem liegt hier in der Kläranlage, die bereits jetzt schon bei über 90% ihrer Leistung betrieben wird.

Auch Kindergartenplätze, aber auch Schulräume und Hortbetreuung sind nicht auf 240 neue Wohneinheiten mit ca. 600 Neubürgern ausgelegt.

Ich bitte Sie dies zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Hahn

Bürgermeister